

A-1 Bündnisgrüne Oppositionsführung - kritisch und konstruktiv

Gremium: Landesvorstand
Beschlussdatum: 09.06.2023
Tagesordnungspunkt: TOP 2 Rückblick auf den Wahlkampf

Antragstext

1 Wir nehmen unsere Aufgabe der Oppositionsführung an und werden in den nächsten
2 drei Jahren die Regierung kritisch begleiten und uns entschieden gegen eine
3 Politik des Rückschritts wenden. Berlin hat eine Politik verdient, bei der alle
4 Gruppen in den Fokus genommen werden; wir werden darauf achten, dass der
5 schwarz-roten Klientelpolitik eine Politik entgegengestellt wird, die alle
6 Menschen berücksichtigt. Wir werden auch in der Opposition für das kämpfen, für
7 das wir im Wahlkampf angetreten sind und fühlen uns dabei nicht nur unseren
8 Wähler*innen, sondern allen Berliner*innen verpflichtet. Wir werden die
9 verbleibende Wahlperiode nutzen, um konstruktiv bündnisgrüne Alternativen
10 aufzuzeigen und die besseren Konzepte für Berlin vorzulegen und öffentlich Druck
11 gegenüber der schwarz-roten Regierung aufzubauen.

12 Dabei bleiben wir unserem Motto treu, eine Politik zu machen, die der ganzen
13 Stadt zugutekommt. Ganz gleich ob für Stadtrandlagen mit Hochhaussiedlungen oder
14 Einfamilienhäusern oder für innerstädtische Bereiche, ganz gleich ob für jüngere
15 oder ältere Generationen. Wir werden den anderen Parteien in keinem Politikfeld
16 die Deutungshoheit überlassen. Wir werden die Zeit nutzen, um unsere Ansprache
17 adressat*innengerecht weiterzuentwickeln. Dabei werden wir den unterschiedlichen
18 regionalen und soziodemographischen Bedarfen noch gerechter werden und dafür
19 Sorge tragen, dass bei den notwendigen Anpassungen hin zu einer klimaneutralen
20 und klimaresilienten Stadt niemand unter die Räder gerät. Und unser Angebot wird
21 immer eines sein, dass vulnerable Gruppen schützt und geschlechter- und sozial
22 gerecht ist.

23 Wir wollen in den nächsten Jahren auch weiterhin eng mit der Zivilgesellschaft,
24 den Communities, den Vereinen, Verbänden, Gewerkschaften und Unternehmen
25 zusammenarbeiten. Gemeinsam mit ihnen wollen wir Bündnisse schmieden und an
26 einem ökosozialen Berlin arbeiten. Geht es um den Fortschritt anstatt einem
27 Rückschritt, stehen wir für eine konstruktive Zusammenarbeit mit den anderen
28 demokratischen Parteien bereit. Strategische Bündnisse schließen wir immer dann,
29 wenn sie sich mit den bündnisgrünen Werten und ökosozialen Zielen verbinden
30 lassen und diese voranbringen. Beispielsweise bei der Absenkung des Wahlalters
31 auf 16 Jahre oder einer ernstgemeinten und substanziellen Reform der Berliner

32 Verwaltung. Mit dieser klaren Haltung blicken wir selbstbewusst auf 2026.

33 Die großen Herausforderungen, mit denen Berlin konfrontiert ist, werden wir nur
34 im Zusammenspiel meistern können. Wenn es jetzt und in Zukunft keine ehrliche
35 gemeinsame Verständigung unter den demokratischen Parteien bezüglich der
36 anstehenden Herausforderungen unserer Stadt gibt, werden die notwendigen
37 Transformationsschritte nicht rechtzeitig eingeleitet werden. Dabei geht es um
38 ein gutes Leben in Zukunft, aber auch immer um die konkreten Verbesserungen für
39 die Berliner*innen im Hier und Jetzt.

V-1 Ausbildung statt Abschiebung - Perspektive Berlin

Antragsteller*in: Hanno Kress (KV Berlin-Kreisfrei)

Tagesordnungspunkt: TOP 4 Verschiedenes

Antragstext

1 Das Recht auf Bildung ist ein zentrales Gut, das allen Kindern und Jugendlichen
2 gleichberechtigte Bildungschancen gewährleistet und in der Verfassung verankert
3 ist. In Berlin kommen unbegleitete geflüchtete Jugendliche an, die lange
4 Wartezeiten in Einrichtungen ohne Beschäftigung und Informationen zu ihren
5 Perspektiven verbringen müssen. Die Jugendlichen sind hoch motiviert und viele
6 verfügen über eine mittelschulische Allgemeinbildung; für Jugendliche ohne einen
7 Schulabschluss in ihren Heimatländern und ab einem Alter von 16. Jahren ist der
8 Zugang sowohl zu Allgemeinschulen als auch zu Oberstufenzentren oft erschwert.
9 Wie die schulische ist auch die berufliche Bildung für geflüchtete Jugendliche
10 entscheidend für ihre erfolgreiche Teilhabe und Integration/ Teilnahme in der
11 Gesellschaft. Gleichzeitig stellen sie eine Chance für Berlin dar, wenn sie als
12 Auszubildende, Nachwuchsfachkräfte und Mitbürger:innen einen schnellen Zugang
13 zum Bildungssystem bekommen. Gerade im Bildungs- und Gesundheitsbereich oder bei
14 den energie- und klimarelevanten Berufen stellt der zunehmende Fachkräftemangel
15 eine ernste gesellschaftliche Herausforderung dar.

- 16 1. Wir fordern nach der sofortigen Ersterfassung der Jugendlichen bei der
17 Erstaufnahme- und Clearingstelle (EAC) die Gewährleistung einer
18 umfassenden Betreuung der Jugendlichen durch die Träger der Jugendhilfe/
19 Hilfen zur Erziehung und schnellere Verfahren für die Alterseinschätzung,
20 damit die Jugendlichen so schnell wie möglich den für sie geeigneten
21 Zugang zum Bildungssystem bekommen. Dafür soll eine Task Force bei der
22 Senatsjugendverwaltung eingerichtet werden, um die Clearingsmaßnahmen
23 sowie die eingeleiteten Maßnahmen zur Teilhabe von unbegleiteten
24 geflüchteten Jugendlichen in den Bildungs- und Berufsweg steuert und
25 regelmäßig überprüft. Die Möglichkeit, Maßnahmen und später Prüfungen ggf.
26 in der Herkunftssprache oder auf Englisch mitzumachen bzw. abzulegen, muss
27 mit den zuständigen Stellen geprüft werden.

- 28 2. Wir sehen die Notwendigkeit, die Nutzung von Werkstätten in
29 Ausbildungszentren und Oberstufenzentren für geflüchtete Jugendliche auch
30 außerhalb der Geschäftszeiten zu ermöglichen, um ihnen z. B: über
31 Teilqualifikationen oder Einstiegsqualifikationen in Ergänzung von

32 vorhandenen Maßnahmen von Trägerorganisationen den Einstieg in die
33 berufliche Bildung zu erleichtern.

34 3. Die Geflüchteten brauchen einen sicheren Aufenthaltsstatus,
35 ausbildungsbegleitende Sprachkurse und schnellere Anerkennung ihrer
36 vorhandenen Qualifikationen. Wir wollen Unternehmen motivieren und
37 unterstützen, die geflüchtete Jugendliche als Auszubildende aufnehmen oder
38 die Vorbereitung für eine Ausbildung begleiten. Dies kann beispielsweise
39 durch finanzielle Anreize, Förderprogramme oder Beratungsangebote
40 geschehen. Viele Betriebe haben aber auch noch großen Nachholbedarf bei
41 den Themen Antidiskriminierung und Diversity. So müssen gerade KMU noch
42 vertiefter über vorhandene Möglichkeiten in den Bezirken informiert
43 werden.

Begründung

Auf Grund von Abstimmungsfragen zum Antrag stelle ich als Co-Sprecherin der LAG Bildung folgenden Antrag.

Unterstützer*innen

Ertan Öztürk (KV Berlin-Spandau), Klara Schedlich (LV Grüne Jugend Berlin), Christoph Wapler (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf), Tonka Wojahn (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf), Johanna Martens (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf), Christoph Lorenz (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf), Peter Michael Rulff (KV Berlin-Kreisfrei), Linda Guzzetti (KV Berlin-Kreisfrei), Carola Ehrlich-Cypra (KV Berlin-Pankow), Tilo Pätzolt (KV Berlin-Kreisfrei), Ulrich Meuel (KV Berlin-Kreisfrei), Yannick Brugger (LV Grüne Jugend Berlin), Anke Dörsam (KV Berlin-Kreisfrei)

V-2 Für eine konstruktive Diskussion und eine geeinte Position zur Europäischen Asylpolitik - Antrag auf außerordentliche Bundesdelegiertenkonferenz

Antragsteller*innen: Yannick Brugger (LV Grüne Jugend Berlin)
Elina Schumacher (LV Grüne Jugend Berlin) Katinka Wellnitz (LV Grüne Jugend Berlin) Jenny Laube (KV Berlin Friedrichshain-Kreuzberg)

Tagesordnungspunkt: TOP 4 Verschiedenes

Antragstext

1 Als Landesverband beantragen wir eine außerordentliche
2 Bundesdelegiertenkonferenz, um offen und konstruktiv über unsere Parteiposition
3 zur Europäischen Asylpolitik zu diskutieren.

4 Vor wenigen Tagen stimmte die Bundesregierung einem Kompromiss zur Asylpolitik
5 im Rat der EU zu. Als Landesverband blicken wir besorgt auf diese Entscheidung,
6 die von zahlreichen zivilgesellschaftlichen Organisationen, innerhalb unserer
7 Partei^{[1][2][3][4][5]} und nicht zuletzt von unserer Fraktion im Europäischen
8 Parlament^{[6][7]} scharf kritisiert wurde.

9 Viele unserer Mitglieder kommen mit dieser Entscheidung an die Grenze dessen,
10 was sie bereit sind, politisch mitzutragen. Als Bündnisgrüne haben wir stets
11 vehement für das Grundrecht auf Asyl gekämpft. Eine humane Asylpolitik, die mit
12 Menschenrechten vereinbar ist, ist Grundkonsens unserer Partei und seit
13 Jahrzehnten unser Wahlversprechen. Wir befürchten, Parteimitglieder und
14 Wähler*innen zu verlieren, denn nur mit ihnen ist unsere politische Arbeit
15 möglich. Wir wollen nicht, dass diese Entscheidung unsere Partei spaltet. Um
16 dies zu verhindern, brauchen wir eine geordnete Debatte, die unsere Mitglieder
17 einbezieht. Auf einer außerordentlichen Bundesdelegiertenkonferenz (BDK) wollen
18 wir deshalb konstruktiv und offen über dieses Thema, die Entscheidung der
19 Bundesregierung und unseren weiteren Umgang damit debattieren.

20 Wir ermutigen andere Landesverbände, sich unserem Antrag anzuschließen. Eine
21 außerordentliche Bundesdelegiertenkonferenz wird einberufen, wenn mindestens
22 drei Landesverbände sie beantragen. Wir unterstützen Mitglieder und
23 Kreisverbände, die eine außerordentliche Bundesdelegiertenkonferenz über das

24 Quorum für Mitglieder und Kreisverbände beantragen.

25 Mit diesem Antrag stellen wir als Landesverband Bündnis 90 / Die Grünen Berlin
26 den Antrag auf eine außerordentliche Bundesversammlung gemäß § 14 Absatz 6
27 Nummer 5 unserer Bundessatzung.

Begründung

Die Pläne für die europäische Asylpolitik brechen mit dem Koalitionsvertrag und unserem Grundsatzprogramm und zu Beschlüssen der BDK aus dem letzten Jahr. Als 2018 Kinder an der US-Mexikanischen Grenze inhaftiert wurden, hat uns das zurecht erschüttert. Sind wir nun bereit, ähnliche Szenarien an den europäischen Außengrenzen zu akzeptieren?

Absatz 432 unseres Grünen Grundsatzprogramms^[8] ist hier eindeutig:

"Nicht jede*r hat das Recht auf Asyl, aber jede*r hat das Recht auf ein rechtsstaatliches Verfahren mit individueller Prüfung sowie auf eine würdige Unterbringung und Behandlung. Zugang zu unabhängiger, rechtlicher Beratung und zu Widerspruchsmöglichkeiten zeichnet den Rechtsstaat aus. Ärztliche Versorgung und Zugang zu Bildung muss in dieser Zeit und auch unabhängig vom Status gewährleistet sein. Ziel ist ein gemeinsames EU-Asylrecht mit hohen Standards."

Auf der Bundesdelegiertenkonferenz im Oktober 2022 forderten wir im Leitantrag^[9] des Bundesvorstandes zur Wertegeleiteten Außenpolitik eine "menschenwürdige, gesamteuropäische Asyl- und Einwanderungspolitik", Asylverfahren innerhalb der EU und dass "alle Asylanträge inhaltlich geprüft werden". Wir lehnten "[m]enschenunwürdige Lager und geschlossene Einrichtungen" ebenso wie "europäische Außenlager in Drittstaaten ab." In einem weiteren einstimmig beschlossenen Antrag^[10] stellten wir uns außerdem gegen "Asylschnellverfahren an den EU-Außengrenzen, die [...] eine systematische Inhaftierung von Asylsuchenden [...] vorsehen". Auch die BDK-Beschlüsse zeigen die eindeutige Position unserer Partei.

Es ist offensichtlich, dass viele unserer Mitglieder Probleme mit der Entscheidung unserer Bundesregierung zur Gemeinsamen Europäischen Asylpolitik (GEAS) haben. Sie wurde inzwischen von vielen Mitgliedern, Kreisverbänden und ganzen Landesverbänden kritisiert und stattdessen ein uneingeschränktes Recht auf Asyl gefordert. Vergleichbare Beschlüsse wurden in den vergangenen Wochen unter anderem in Bayern^[11], Berlin^[12], Bremen^[13], Niedersachsen^[14] und Nordrhein-Westfalen^[15] gefasst.

Den Koalitionsvertrag und unser Grundsatzprogramm sehen wir in den letzten Monaten auch in anderen Bereichen bedroht: Das Klimaschutzgesetz wird voraussichtlich aufgeweicht werden, die Kindergrundsicherung wird blockiert und das Gebäudeenergiegesetz verschleppt. Diese und weitere Entwicklungen waren für uns als Partei nicht leicht zu ertragen. Mit der Entscheidung zur Asylpolitik wird die Liste schmerzlicher Entwicklungen noch länger.

Politik lebt von Kompromissen, gerade in Zeiten großer Krisen. Doch Kompromisse dürfen nicht dazu führen, dass wir uns als Partei bis zur Unkenntlichkeit verbiegen. Es ist wichtig, unseren Koalitionspartner*innen stark

entgegenzutreten und klare Grenzen aufzuzeigen. Als Bündnisgrüne sind wir nicht bereit, unsere Grundsätze über Bord zu werfen.

Es ist eindeutig, dass wir als Partei Redebedarf haben. Denn in unserer Partei gibt es verschiedene Meinungen zu dieser Regierungsentscheidung und zum weiteren Vorgehen. Interne Spannungen können nur geklärt werden, wenn die unterschiedlichen Meinungen im Rahmen geordneter, demokratischer Prozesse ausgesprochen und nicht totgeschwiegen werden. Wenn wir als Partei erfolgreich mit unseren Koalitionspartner*innen verhandeln wollen, müssen wir ein gemeinsames Ziel haben und mit geeinter Stimme sprechen.

Ein Antrag auf eine außerordentliche BDK wurde bereits vom Kreisverband Cloppenburg gestellt:

<https://sonder-bdk.de/meldung-des-kv-cloppenburg/>

Quellen:

[1] https://twitter.com/gruene_jugend/status/1667085573515870209

[2] <https://twitter.com/JTrittin/status/1668193875817639937>

[3]

https://gruene-bag-migration.de/userspace/BV/bag_migration_flucht/PM_Basis_Gruene_und_SPD_Nancy_Faerster_und_Annalena_Baerbock_riskieren_historischen_Fehler_.pdf

[4] <https://twitter.com/SaraNanni/status/1666952551927881731>

[5] https://twitter.com/J_Pahlke/status/1666933053220966401

[6] <https://www.greens-efa.eu/de/artikel/positionpaper/for-a-fair-and-efficient-asylum-system-in-europe>

[7] <https://www.greens-efa.eu/de/artikel/press/greens-efa-group-reject-councils-inhuman-asylum-deal>

[8]: https://cms.gruene.de/uploads/documents/20200125_Grundsatzprogramm.pdf

[9]:

<https://antraege.gruene.de/48bdk/wertegeleitet-multilateral-handlungsfahig-gruene-friedens-und-siche-33565>

[10] <https://antraege.gruene.de/48bdk/zivile-seenotrettung-auf-dem-mittelmeer-starken-und-verantwortung-fur-45822>

[11] Beschluss Landesdelegiertenkonferenz Grüne Bayern 21.05.2023: "Als bayerische Grüne setzen wir uns weiterhin für das Grundgesetz und das uneingeschränkte Recht auf Asyl ein. Wir fordern die bayerische Staatsregierung dazu auf, sich im Rahmen ihrer Möglichkeiten gegen den Beschluss der

Asylverfahrensverordnung einzusetzen." (<https://www.gruene-bayern.de/humane-migrationspolitik/>)

[12] Beschluss Landesausschuss Bündnis 90/Die Grünen Berlin 10.05.2023: "Bündnis 90/Die Grünen Berlin lehnen die Pläne der Bundesregierung ab, sogenannte verpflichtende Grenzverfahren unter haftähnlichen Bedingungen für Asylsuchende einzuführen"

(https://gruene.berlin/beschluesse/sicherer-hafen-berlin-zugangswege-ermoeglichen-asylrecht-bewahren_3222)

[13] Beschluss Landesmitgliederversammlung Bündnis 90/Die Grünen Bremen 27.05.2023: "Bündnis 90/Die Grünen Bremen lehnen die Pläne der Bundesregierung ab, sogenannte verpflichtende Grenzverfahren unter haftähnlichen Bedingungen für Asylsuchende einzuführen"

(<https://gruene-bremen.de/sicherer-hafen-bremen-zugangswege-ermoeglichen-asylrecht-bewahren/>)

[14] Erklärung Landesvorstand Bündnis 90/Die Grünen Niedersachsen 05.05.2023: „Haftlager an den EU-Außengrenzen sind inakzeptabel“

(<https://www.gruene-niedersachsen.de/haftlager-an-den-eu-aussengrenzen-sind-inakzeptabel/>)

[15] Beschluss Landesdelegiertenkonferenz Nordrhein-Westfalen 03.-04.06.2013: "Das individuelle Recht auf Asyl muss weiter und uneingeschränkt gelten."

(<https://gruene-nrw.antragsgruen.de/ldk23/andere-reden-uber-zaune-wir-reden-uber-losungen-gemeinsam-solidaris-28767>)

Unterstützer*innen

Elina Schumacher (LV Grüne Jugend Berlin), Katinka Wellnitz (LV Grüne Jugend Berlin), Klara Schedlich (LV Grüne Jugend Berlin), Kasimir Cesare Saladin Heldmann (LV Grüne Jugend Berlin), Louis Krüger (LV Grüne Jugend Berlin), Sascha Krieger (KV Berlin-Pankow), Willi Junga (KV Berlin-Treptow/Köpenick), Daniel Jochum (LV Grüne Jugend Berlin), Sebastian Kitzig (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg), Miriam Siemon (KV Berlin-Neukölln), Shirin Kreße (KV Berlin-Mitte), Johannes Mihram (KV Berlin-Mitte), Daniela Ehlers (KV Berlin-Lichtenberg), Paul Widdra (LV Grüne Jugend Berlin), Sebastian Weise (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf), Rania Al-Sahhoum (KV Berlin-Mitte), Pascal Striebel (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg), Reswan Sandjer (LV Grüne Jugend Berlin), Hugo Gisi Klement (KV Berlin-Reinickendorf), Lou-Marleen Appuhn (KV Berlin-Neukölln), Frauke Prasser (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg), Jonathan Morsch (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf), Brigitte Sakrzewski (KV Berlin-Treptow/Köpenick), Luis Höhne (LV Grüne Jugend Berlin), Kilian Vitt (LV Grüne Jugend Berlin), Jonathan Philip Aus (KV Berlin-Neukölln), Annkatrin Esser (KV Berlin-Treptow/Köpenick), Volkmar Nickol (KV Berlin-Kreisfrei), Basem Said (KV Berlin-Neukölln), Charlotte Steinmetz (KV Berlin-Treptow/Köpenick), Martin Reents (KV Berlin-Kreisfrei), Tobias Jahn (KV Berlin-Mitte), Linda Guzzetti (KV Berlin-Kreisfrei), Fabian Taute (KV Bremen Links der Weser (LdW), Vasili Franco (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg), Tim Rössig (KV Berlin-Kreisfrei), Alina

Zimmermann (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg), Philip Fliegel (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg), Jonas Jubitz (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf), Janina Müttel (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf), Magdalena Michalka (KV Berlin-Kreisfrei), Dominik Mayer (KV Berlin-Mitte), Alena Dietl (LV Grüne Jugend Berlin), Daniel Dressler (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf), Anne Kammermeier (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg), Miriam Wirsing (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg), Sebastian Sahm (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg), Tinka S. Schmidt (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg), Torsten Kirschke (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg), Marit Schatzmann (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg), Janka Schubart (LV Grüne Jugend Berlin), Luna Afra Evans (LV Grüne Jugend Berlin), Leonie Back (LV Grüne Jugend Berlin), Lisa Karoline Ruppel (KV Berlin-Neukölln), Stella Alexandra Weißenburg (KV Berlin-Neukölln), Femke Hustert (KV Berlin-Neukölln), Daniela Wannemacher (KV Berlin-Neukölln), Qosay Amer (KV Berlin-Neukölln), Christina Hilmer-Benedict (KV Berlin-Kreisfrei), Niko Fanore (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg), Malte Spielmann (KV Berlin-Neukölln), Rahul Schwenk (KV Berlin-Neukölln), Christoph Lorenz (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf), Meike Paula Berg (KV Berlin-Neukölln), Ina Ravens (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg), Miriam Nagels (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg), Milan Bachmann (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg), Vito Dabisch (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg), Nils Rusche (KV Berlin-Lichtenberg), Brigitte Kallmann (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg), Marlene Jahn (LV Grüne Jugend Berlin), Christoph Husemann (LV Berlin), Ronja Schicke (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg), Marlene Pacheco (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg), Corina Ullmann (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg), Roxana Roder (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg), Oliver Timm (KV Berlin-Neukölln), Rhea Niggemann (KV Berlin-Neukölln), Lisa Dieminger (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf), Sophie Kamrad (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg), Carolin Miehle (LV Grüne Jugend Berlin), Anton Ohler (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf), Sarah Jerminus (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg), Thore Hagemann (KV Berlin-Neukölln), Charlotte Baron (LV Grüne Jugend Berlin), Lucien Fumagalli (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf), Bernd Szczepanski (KV Berlin-Neukölln), Anika Wiest (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg), Swantje May (KV Berlin-Neukölln), Jutta Brennauer (KV Berlin-Neukölln), Birgit Vasiliades (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf), Ulf Dunkel (KV Cloppenburg), sowie 2 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.